



www.ifp.at

Abschlussarbeit im Rahmen  
des Aufbaulehrganges Jugendarbeit 2013

# Zur Bedeutung von politischer Bildung in der Offenen Jugendarbeit

Rudolf Gander

Verein Tender

institut für freizeitpädagogik

Albertg. 35/II, 1080 Wien, Tel. 4000 83 415, E-Mail: [ifp@wienextra.at](mailto:ifp@wienextra.at)

## **Danksagung**

Ich möchte mich bei meinen InterviewpartnerInnen bedanken für die Zeit und wertvollen Informationen die sie mir schenkten.

Weiters danke ich meiner Mutter für die Finanzierung des Lehrgangs.

Zu großem Dank bin ich meiner Partnerin Stefanie verpflichtet, welche mir jeder Zeit mit Rat und Tat zur Seite stand.

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Auseinandersetzungen mit relevanten Begrifflichkeiten.....	7
2.1 Zum Begriff Bildung.....	7
2.2 Zum Begriff Politik.....	8
2.3 Partizipation.....	9
2.4 E-Partizipation.....	10
2.5.Ziele politischer Jugendbildung.....	11
3. Empirischer Teil.....	13
3.1 Vorstellung der Methode des Leitfadeninterviews.....	13
3.2 Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse.....	13
3.2.1 Bedeutung von Begrifflichkeiten.....	14
3.2.2 Ziele politischer Jugendarbeit.....	15
3.2.3 E-Partizipation.....	17
3.2.4 Schwierigkeiten in der Umsetzung politischer Bildungsarbeit.....	18
4. Resümee.....	20
5. Quellenverzeichnis.....	22
6. Anhang.....	25

## 1. Einleitung

Aufmerksam geworden auf das Thema politische Bildung und e-Partizipation bin ich einerseits aufgrund meiner eigenen Sozialisation und dem in meiner Jugend zunehmenden Interesse für politische Themen, sowie andererseits meiner momentanen Tätigkeit als Jugendbetreuer in einem Jugendtreff. Im Zuge einer Probewahl, welche im Vorfeld der diesjährigen Nationalratswahlen in dem besagten Jugendtreff stattfand, möchte ich eine Aussage eines teilnehmenden Jugendlichen exemplarisch hervorheben: „Warum sollt i wählen gehn, de oidn Politiker mochn eh nix für mi!“ Diese Aussage bringt eine große Politikverdrossenheit zum Ausdruck und bestätigt die Ergebnisse der Shellstudien 2010 und 2006, welche Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 25 Jahren generell ein geringes Interesse an Politik bescheinigt. Erstaunlich erscheint dabei, dass im Vergleich zu den Ergebnissen der Shellstudie in den 80iger und 90iger Jahren das Interesse Jugendlicher an Politik kontinuierlich zurückgegangen ist (vgl. Shellstudien 2010/2006).

Dem stehen politische Bewegungen der letzten Jahre wie beispielsweise der „Occupy Bewegung“<sup>1</sup> oder der „Uni brennt Bewegung“<sup>2</sup> in Österreich etc. gegenüber, welche ihren Ausgang oftmals im Engagement von jungen Menschen hatten. Aktuell üben österreichische SchülerInnen den Aufstand gegen das kompetenzorientierte Mathematiksystem im Zuge der Umstellung zur Zentralmatura auf der gleichnamigen Facebookseite, welche innerhalb von wenigen Tagen über 9000 „Gefällt mir“-Angaben und über 7000 Kommentierungen bekommen hat (vgl. Facebook 2013). Solche Formen von politischer Partizipation stehen jedoch im Widerspruch zu dem vorhin skizzierten Bild von höchst politikverdrossenen und desinteressierten Jugendlichen. Eine mögliche Erklärung für politisches Desinteresse ist insbesondere aus der Sicht eines Jugendlichen

---

<sup>1</sup> Die Occupy Bewegung ist eine weltweite seit 2011 existierende Bewegung, welche sich durch Protestaktionen online und auf öffentlichen Plätzen auf sich aufmerksam macht. Hauptanliegen von Occupy sind mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Kontrolle der Finanzmärkte und eine gerechtere Aufteilung von Vermögen. (Vgl. Attac 2012, Wikipedia 2012)

<sup>2</sup> Unter der „die Uni brennt Bewegung“ sind die Studierendenproteste 2009/2010 gemeint, wobei die Protestierenden gegen die Beschränkung des Hochschulzugangs kämpften und Hörsäle besetzt hielten. Es konnten Massen nur durch Internetkommunikationskanäle wie Facebook und Twitter mobilisiert werden. (Vgl. Wikipedia 2013; Zeit Online, Joachim Riedl 2009)

insofern nachvollziehbar, als dass Jugendliche sich offenbar kaum bzw. zu wenig von PolitikerInnen/EntscheidungsträgerInnen in ihren Anliegen wahrgenommen fühlen. Wenngleich auf parteipolitischer Ebene kaum Signale zur Stärkung politischen Interesses bei Jugendlichen ausgeht, so scheint das Web 2.0<sup>3</sup> umso mehr dem Bedürfnis mitsprechen zu können, etwa auf Socialnetwork Seiten wie Facebook oder diversen Diskussionsforen oder durch die Teilnahme an online Petitionen, nachzukommen. Gerade das bei e-Partizipation verwendete Medium Internet, scheint durch seine einfache Bedienbarkeit, der hohen Verbreitung und Akzeptanz bei Jugendlichen und seinem partizipativem Charakter, ein geeignetes Medium um am politischem Geschehen teilzunehmen und darauf Einfluss zu nehmen. Insofern kommt e-Partizipation der Forderung des Positionspapieres des Vereins Wiener Jugendzentren, Jugendliche in ihrem Recht auf Mitsprache durch Bereitstellung jugendadäquater Beteiligungsformen zu bestärken, entgegen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass Jugendliche ihre Wünsche und Bedürfnisse im politischen Leben zum Ausdruck bringen können. Neben Partizipationsprojekten sollen Jugendliche in der offenen Jugendarbeit über die politische Landschaft informiert werden, um dadurch demokratisches Bewusstsein zu fördern und „Politikverdrossenheit“ vorzubeugen (vgl. Wiener Jugendzentren 2008, S. 156). Oben genannte Forderungen politische Bildung in der offenen Jugendarbeit betreffend, finden sich auch im Glossar „Soziale Arbeit im öffentlichen Raum“ wieder (vgl. Krisch/Stoik, 2010, S. 55f). Dieses Glossar wurde 2011 von dem in Wien für die Geschäftsgruppe „Bildung, Jugend, Information und Sport“ zuständigen Stadtrat angenommen und freigegeben. Alle öffentlichen Jugendzentren in Wien sind dieser Geschäftsgruppe bzw. der dazugehörigen Magistratsabteilung 13 für Bildung und außerschulische Jugendbetreuung zugeordnet was zur Folge hat, dass das Glossar für alle Jugendzentren Wiens eine pädagogisches Leitbild darstellt. Trotz dieser klaren Positionierung der MA 13, konstatiert, wie bereits erwähnt, einer der größten Jugendstudien im deutschsprachigen Raum (Shell, 2006/2010) zum zweiten Mal ein gleichbleibend niederes Interesse Jugendlicher an politischen Themen.

---

<sup>3</sup> Web 2.0 ist ein Begriff für die Weiterentwicklung des Internets. Der Unterschied zum Web 1.0 ist, dass der Benutzer die Möglichkeit hat Inhalte des Internets selbst zu gestalten (vgl. Wikipedia 2013).

Hierbei besteht eine Diskrepanz zwischen den Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen und dem Umstand, dass seit vielen Jahren politische Bildung in der offenen Jugendarbeit und in sämtlichen staatlichen Schulformen Österreichs als Unterrichtsprinzip in Volksschulen bzw. als Pflichtgegenstand in allen weiterführenden Schulen angeboten wird. In eine ähnliche Richtung geht unter anderem die Senkung des Wahlalters von Jugendlichen auf 16 Jahre, die den Aktionsspielraum von Jugendlichen am politischen Geschehen teilzuhaben, begünstigt. Die neu entstandenen Möglichkeiten, durch den einfacheren Zugang und Verfügbarkeit von Informationen durch das Internet, könnte eigentlich ein gestiegenes Interesse an Politik vermuten lassen (siehe Statistik Austria 2012).

Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich daher den gegenwärtigen Stellenwert von politischer Bildung in der offenen Jugendarbeit in Wien genauer beleuchten und zusätzlich der Frage nachgehen, inwieweit politische Bildung in Form von e-partizipativen Projekten in der offenen Jugendarbeit umgesetzt wird.

Um politische Partizipation Jugendlicher genauer untersuchen zu können, muss im Vorfeld geklärt werden, wie die Begrifflichkeiten Bildung, Politik und Partizipation und E-Partizipation definiert sind, auch soll auf Ziele politischer Jugendbildung eingegangen werden.

Im dritten Kapitel will ich der Frage nachgehen, welchen Stellenwert politische Bildung in der Offenen Jugendarbeit in Wien einnimmt und inwieweit und ob überhaupt das Medium Internet und deren Kommunikationskanäle wie z.B. Facebook in der politischen Bildung in ausgewählten Jugendzentren in Wien verwendet werden. Ergebnisse hierzu sollen die Befragung mittels Leitfadeninterviews von vier MitarbeiterInnen der offenen Jugendarbeit in Wiener Jugendzentren ergeben. Anzumerken ist, dass eine repräsentative Anzahl an Befragungen den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde und die hier erhobenen Ergebnisse lediglich eine Tendenz aufzeigen können. Näher beleuchten möchte ich hierbei, ob Jugendliche bloße Empfänger politischer Bildungsmaßnahmen sind, oder ob konkrete Projekte mit Jugendlichen im Alter von 12-20 Jahren als aktive TeilnehmerInnen realisiert werden konnten. Abschließend soll im vierten Kapitel ein Resümee gezogen werden.

## **2. Auseinandersetzung mit relevanten Begrifflichkeiten**

Um sich mit Projekten politischer Bildung und deren Umsetzung näher beschäftigen zu können, erachte ich es am Beginn als notwendig mich mit zentralen Begriffen auseinanderzusetzen, wobei es hier weniger um allgemeingültige Definitionen, als um eine Annäherung an die Begrifflichkeiten gehen soll.

Zunächst soll eine kurze Bestimmung des Bildungsbegriffes im Kontext der Jugendarbeit vorgenommen werden. Danach soll der Begriff Politik sowie Partizipation und E-Partizipation genauer betrachtet und erläutert werden.

### **2.1 Zum Begriff Bildung**

Der Begriff Bildung wird aufgrund seiner sprachlichen, kulturellen und historischen Bedingtheit verschieden interpretiert und definiert (vgl. Wikipedia 2013). Ich möchte ein gerade für die offene Jugendarbeit wesentliches Merkmal von „Bildung“ wie es im Lexikon der politischen Bildung beschrieben ist hervorheben. So schreibt Hans Tietgens in dem Lexikon der politischen Bildung zum Begriff „Bildung“, dass dieser eine „spezifische Denkweise im deutschen Sprachraum“ bezeichnet, welcher „die Vorstellung von der Selbstentwicklungsfähigkeit der Menschen meint“ (Tietgens 2009, S. 28). Laut Tietgens unterscheidet sich somit Bildung von Erziehung, welche vorrangig von anderen und deren Zielen angeleitet wird. Bei Tietgens Bildungsbegriff steht ein „innerer Vorgang“ und ein „selbstreflektiertes Lernen“ im Vordergrund (vgl. ebd., S. 29). Die Distanzierung vom reinen Erziehungsauftrag in der offenen Jugendarbeit findet sich auch in den Schriften von Albert Scherr und Benedikt Sturzenhecker wieder, welches insbesondere für die offene Jugendarbeit im Raum Wien von Bedeutung ist. So betonen Scherr und Sturzenhecker in Ihrem Beitrag „Selbstbestimmte Lebensführung und Demokratiebildung“, dass zwar Kinder- und Jugendarbeit als öffentliche finanzierte Organisation Teil des Erziehungssystems ist, jedoch ihr gesetzlicher Auftrag lautet bei Kindern und Jugendlichen Selbstbildungsprozesse zu initiieren und die demokratischen Teilnahme fördern soll (vgl. Scherr/Sturzenhecker, 2013). In anderen Worten fasst das deutsche Bundesjugendkuratorium den Bildungsbegriff in der offenen Jugendarbeit so

zusammen, dass Bildung ein „Prozess des Subjektes“ ist, welcher von „grundlegender Bedeutung für deren Entwicklung“ ist (vgl. Bundesjugendkuratorium 2002, S. 22). „Es geht um Anregung nicht um Zwang oder Vorschrift“ wobei alle Kräfte d.h. nicht nur kognitive sondern die sozialen, emotionalen und ästhetischen ebenso in den Bildungsprozess einbezogen werden müssen (vgl. ebd.).

## **2.2 Zum Begriff Politik**

Ähnlich wie beim Bildungsbegriff verhält es sich bei der Definition des Begriffs Politik; es gibt keine einheitliche Bedeutung. Um mich trotzdem dieser Begrifflichkeit annähern zu können, soll der Politikbegriff in seiner engen und weiten Form betrachtet werden.

Im engen Sinn verstanden, umfasst Politik „staatliche Institutionen wie Regierungen, Parlamente und ... Wege der Entscheidungsfindung und –durchsetzung“ (Caduff 2013), welches einem traditionellen Verständnis von Politik entspricht und auf Parteien, Wahlen, Gesetzgebungsprozesse usw. Bezug nimmt. Dem gegenüber steht ein weites Verständnis von Politik, der „jegliche Aushandlungsprozesse von Menschen und Gruppen“ (ebd.) beinhaltet. Ein solches Verständnis nimmt somit gesellschaftliche Prozesse generell in den Blick. Politik knüpft insofern an den oben beschriebenen Bildungsbegriff an, als dass Politik nicht als etwas von vielen Lebensbereichen segmentierte Thematik dargestellt wird (vgl. Knoll 1983, S. 189 ff. zit. n. Galuske/Rauschenbach 1997, S. 60). Vielmehr steht die Lebenswelt des Individuum/Jugendlichen und deren unmittelbar nachvollziehbaren Berührungspunkte mit dem Politischen im Mittelpunkt. Weniger die einzelnen Zutaten aus dem ein politische System besteht sind hier gemeint, sondern vielmehr grundlegende Prozesse und Dynamiken, welche innerhalb einer Gesellschaft als Ganzes sowie im Alltagsleben von Individuen stattfinden. Achim Schröder spricht von einem subjekt- und lebensweltbezogenen Politikbegriff, welcher das Politische dort verortet, wo es für Individuen erfahrbar ist. Am Beispiel Jugendlicher zählen dazu u.a. Orte wie Schulen, städtischer Sozialräume, Jugendeinrichtungen und virtuelle Gemeinschaften. Schröder unterscheidet hierbei den Begriff Politik als staatsbezogenes Handeln und das Politische als „die Art und Weise ..., wie wir gesellschaftlich miteinander verbunden sind“ (Schröder

2011, S. 174), somit entsteht das Politische nicht im einzelnen Menschen, sondern zwischen den Menschen.

Bei dem hier vorgestellten Politikbegriff, kommt dem Individuum und seinen genuinen Erfahrungen in Interaktion mit seiner Umwelt, eine hohe Bedeutung zu und wird so dem hohen Stellenwert von Partizipation in demokratischen Systemen gerecht (vgl. Widmaier 2011, S. 455). Was genau Partizipation bedeuten kann, möchte ich im Folgenden erörtern.

### **2.3 Partizipation**

Demokratische Gesellschaften brauchen und basieren auf der Beteiligung ihrer BürgerInnen, insofern kommt Partizipation eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Etymologie des Wortes Partizipation kommt vom lateinischen Wort *partire*, welches teilen bedeutet. Laut dem Gross Fremdwörterbuch bedeutet das Wort Partizipation übersetzt Teilhabe (vgl. Gross 2002, S. 418). Dieses Attribut allein reicht jedoch nicht aus, um den Begriff Partizipation in seiner Vieldeutigkeit gerecht zu werden.

Wie bei den anderen bereits definierten Begrifflichkeiten, ist auch der Begriff Partizipation ein sehr schwer zu definierender. Wie Betz, Gaiser und Pluto feststellen, hat sich zudem die Bedeutung in den letzten 50 Jahren immer wieder gewandelt, darüber hinaus wird dieser in ganz verschiedenen Zusammenhängen verwendet, was eine einheitliche Definition zu erschweren scheint (vgl. Betz/ Gaiser/Pluto 2010, S. 11). Dieser Bedeutungswandel könnte dabei auf die Veränderung innerhalb gesellschaftlicher Strukturen hindeuten und somit die veränderten Möglichkeiten von Beteiligung und Teilhabe abbilden.

Politik und Partizipation sind somit schwer zu trennen. In Zusammenhang mit politischer Bildung wird unter Partizipation alle „Verfahren, Strategien und Handlungen bezeichnet, durch die Personen Einfluss auf politische und gesellschaftliche Entscheidungen und Macht nehmen“ (ebd.).

Partizipation nimmt im Rahmen politischer Jugendbildung einen sehr bedeutenden Stellenwert ein, wie schon mehrfach erwähnt geht es dabei nicht nur um die Verbindung mit Politik. Der moderne Partizipationsbegriff bezieht sich auf mehr

Beteiligungsmöglichkeiten in für Jugendliche wichtige Lebensbereiche, wie beispielsweise Familie, Kommune, Schule etc. und erhebt somit den Begriff zu einem weit gefassten pädagogischen Prinzip (vgl. Widmaier 2008, S. 455), welches die besondere Bedeutsamkeit nochmals betont.

Sturzenhecker versteht unter diesem pädagogischen Prinzip eine „Bereitstellung von Freiräumen der mitverantwortlichen Selbstbestimmung, die als Recht verstanden und einforderbar ist“ (Sturzenhecker 2008, S. 24). Dies bedeutet, dass Jugendlichen im Rahmen politischer Bildungsarbeit Freiräume zum Experimentieren und Einüben erhalten, welchen selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Grundsätzen gehorcht. Wie Sturzenhecker weiter anführt, sollen diese Freiräume zur selbsttätigen Aneignung Jugendlicher Politik typischer Handlungsformen angewandt werden, dienen (vgl. ebd.). Kurz und prägnant in einem Satz ausgedrückt „ist Partizipation also die aktive Praxis von Demokratie durch die Subjekte“ (Sturzenhecker 2008, S. 24). In diesem Zusammenhang gilt es insbesondere die Aktivität des Einzelnen zu betonen. Sturzenhecker sieht dies als eine Aufgabe von politischer Bildung, nämlich Aktivität von Individuen zu ermöglichen, auf diesen Punkt soll bei Ziele politischer Bildung noch genauer eingegangen werden.

## **2.4 E-Partizipation**

Eben diese erwähnte „aktive Praxis von Demokratie“ findet auch online im virtuellen Raum statt, womit ich zur Begriffsdefinition von E-Partizipation überleiten möchte.

E-Partizipation setzt sich aus den Begriffen „elektronisch“ und „Partizipation“ zusammen und lässt sich definieren als die Teilhabe von Personen und ihren Gruppierungen an Entscheidungsprozessen mit Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnologien (vgl. Kubicek 2010, S 197f.).

Die Kommunikation zwischen Politik und BürgerInnen sowie die Kommunikation der BürgerInnen untereinander, nimmt bei E-Partizipation einen zentralen Stellenwert ein. Kommunikation findet dabei bidirektional statt, was bedeutet, dass sowohl Regierungen und deren Repräsentanten, als auch BürgerInnen zugleich Sender und Empfänger sind. Informationen werden nicht nur an den/die BürgerIn übermittelt, sondern auch deren Anschauungen eingeholt, umgekehrt können sich BürgerInnen mit Ihren Anliegen und

Fragen an politische Funktionäre wenden, was den partnerschaftlichen Charakter von E-Partizipation verdeutlicht (vgl. Wikipedia 2013).

Gerade der Gebrauch und die Verwendung neuer Medium freut sich unter Jugendlichen großer Beliebtheit und erleichtert gerade die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen. Die schnelle Verfügbarkeit einerseits, die Anonymität andererseits machen neue Medien so interessant. Dies kann für die politische Jugendbildung zum einen als große Chance gesehen werden, in der Lebenswelt Heranwachsender etablierter Kommunikationskanäle zu nutzen, zum anderen bedeutet dies gleichzeitig eine große Herausforderung für Personen, welche in der politischen Jugendbildung tätig sind, im Folgenden möchte ich mich mit Zielen politischer Jugendbildung befassen.

## **2.5 Ziele politischer Jugendbildung**

Es lassen sich viele Ziele politischer Bildung ausmachen, als sehr hilfreich erscheint die Unterteilung in übergeordnete Ziele und Teilziele.

Bevor auf die Zielsetzungen im Genaueren eingegangen wird, soll angemerkt werden, dass politische Bildungsarbeit stets der Gefahr läuft, Ideologien oder Radikalität zu fördern, aus diesem Grund ist ein Indoktrinierungsverbot im Rahmen politischer Jugendarbeit von besonderer Relevanz (vgl. Caduff 2013).

Es scheint unter den AutorInnen, welche sich mit politischer Bildung befassen, Einigkeit darüber zu herrschen, dass politisches Handeln nicht etwas von Natur Gegebenes ist, sondern eine Fähigkeit die im Laufe des Heranwachsens geschult und erlernt werden soll. Um politisch und gesellschaftlich partizipieren zu können, gilt es nach Caduff folgenden Kompetenzen aufzubauen:

- **Politische Urteilsfähigkeit:** Sie ermöglicht, politische Ereignisse, Probleme, Kontroversen und Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sach- und Wertaspekten zu analysieren und reflektieren.
- **Politische Handlungsfähigkeit:** Sie erlaubt, Meinungen, Überzeugungen und Interessen zu formulieren und vor anderen zu vertreten, Aushandlungsprozesse zu führen und Konflikte mittels Kompromissen zu regeln.

- **Methodische Fähigkeiten:** Sie versetzen Menschen in die Lage, sich selbstständig über politische, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Fragen zu orientieren, fachliche Themen mit verschiedenen Methoden zu bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen zu organisieren. (vgl. Caduff 2013).

Als übergeordnetes Ziel politischer Bildung gilt es Personen „in alltagsnaher und subjektorientierter Form über die verschiedenen Dimensionen des Politischen aufzuklären und sie zur Teilnahme an Prozessen der politischen Willensbildung, Interessenartikulation und Entscheidungsfindung“ (Scherr 2008, S. 32) zu befähigen. An diesem Zitat wird zum einen die Wissensvermittlung hervorgehoben, welche im Rahmen politischer Bildung erfolgt, dies würde jedoch zu kurz greifen, es geht vielmehr darum Personen zu befähigen, an Gesellschaft teilzuhaben, kritisch zu hinterfragen, welches kurz zusammengefasst, auf ein Befähigen zur politischen Mündigkeit abzielt.

Mit den Worten Achim Schröders ausgedrückt, verfolgt politische Bildung die Ziele Wissen über politische Handlungsformen in seinen verschiedenen Facetten und Dimensionen zu vermitteln, Urteilsbildung und kritisches Denken zu fördern und zur Mitwirkung anzuregen. Achim Schröder bezeichnet dies „den Dreischritt politischer Bildung“ (Schröder 2011 S. 176).

Hervorheben möchte ich hierbei das politische Bildung den Menschen als Ganzes ansprechen soll. Insbesondere die emotionale Ebene darf dabei nicht vernachlässigt werden, so belegen Erkenntnisse der jüngeren Hirnforschung, dass Gefühle beim Lernen und Fällen von Entscheidungen eine wichtige Rolle einnehmen (vgl. Spitzer 2006, S. 157). Folgerichtig bedeutet gelungene politische Bildungsarbeit, dass diese Menschen auch in ihren Emotionen erreicht (vgl. Schröder/Balzter/Schroedter 2004, S. 29), was bedeutet, die Jugendlichen, in ihrer Lebenswelt anzusprechen und einzubeziehen.

### **3. Empirischer Teil**

Im folgenden Kapitel befaße ich mich zum einen kurz mit der Erhebungsmethode, im Anschluss soll die Interpretation der Interviews erfolgen.

#### **3.1 Zum qualitativen Leitfadeninterview**

Um die Fragestellung nach dem Stellenwert und der Umsetzung politischer Bildung in der offenen Jugendarbeit beantworten zu können, sollen qualitative Leitfadeninterviews mit Personen, welche in der offenen Jugendarbeit tätig sind, Aufschluss bringen.

Im Gegensatz zu quantitativer Forschung, welche Aussagen über Häufigkeiten trifft, will qualitative Forschung insbesondere die Perspektive von Betroffenen wahrnehmen und verstehen (vgl. Mayer 2002, S. 70ff). Die formulierte Fragestellung zielt einerseits darauf ab, welche Bedeutung die interviewten Personen politischer Bildung beimessen, und andererseits wie diese mit Jugendlichen realisiert werden.

Die Datenerhebung mittels Leitfadeninterview wurde unter anderem deshalb gewählt, da die Beziehung auf Interviewleitfäden für mich als Interviewneuling sich im Gespräch als sehr praktikabel herausstellten, da zum einen ein gewisses Gerüst bereist vorhanden ist, worauf im Gespräch mit InterviewpartnerInnen Bezug genommen werden kann, zum anderen es einen erlaubt dennoch flexibel auf InterviewpartnerInnen einzugehen, in der Situation die Abfolge der Fragen oder Themen zu verändern, Zwischen- und Verständnisfragen zu stellen.

#### **3.2 Zusammenfassung und Interpretation der Leitfadeninterviews**

Im Folgenden möchte ich die Aussagen der jeweiligen InterviewpartnerInnen sinngemäß zusammenfassen und in Oberkategorien einteilen. Dabei werde ich weniger auf alle im Leitfaden vorkommenden Fragen eingehen, sondern vielmehr die für die vorliegende Arbeit, inhaltlich relevanten Antworten hervorheben.

### 3.2.1 Bedeutung von Begrifflichkeiten

Die Auseinandersetzung mit wichtigen Begrifflichkeiten in der Literatur zeigte insbesondere, dass keine einheitlichen Definitionen existieren. Dieses Phänomen konnte auch in den Antworten der InterviewpartnerInnen beobachtet werden, welche zum Teil ein höchst unterschiedliches Verständnis zum Ausdruck brachten.

Die Antworten auf die Frage, wie politische Bildung in den jeweiligen Vereinen oder Einrichtungen definiert ist und was unter den dafür relevanten Begrifflichkeiten Bildung, Politik und Partizipation verstanden wird, reichten von persönlichen bis im Team der jeweiligen Einrichtung vereinbarten, hinzu vom Verein offiziell formulierten Definitionen. Insbesondere die Unterscheidung zwischen weitem und engem Bildungs- und Politikbegriffsverständnis, beeinflusste die Antworten, wie politische Bildung definiert wurde maßgeblich. InterviewpartnerInnen mit einem weiten Bildungs- und Politikbegriffsverständnisses räumten der Bedeutung von politischer Bildung und den damit verbundenen Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche, in ihren Einrichtungen einen jeweils höheren Stellenwert ein, als jene InterviewpartnerInnen, welche ein enger gefasstes Bildungs- und Politikbegriffsverständnis hatten. Der enge Bildungs- und Politikbegriff hört bei Institutionskunde und reiner Wissensvermittlung auf, während ein weiteres Verständnis dieser Begriffe das politisch unmittelbar Erfahrbare und deren konkreten und nachvollziehbaren Berührungspunkte politischer Entscheidungen meint (vgl. Schröder 2011, S. 174ff). Diese verschiedentlichen Auffassungen der Begrifflichkeiten beeinflusst, wie ich in den Interviews bemerken konnte grundlegend pädagogische Prinzipien und definiert wie konsequent Partizipation Jugendlicher in den jeweiligen Einrichtungen und in den einzelnen Projekten und Veranstaltungen umgesetzt wird. So berichtete eine Interviewpartnerin, dass Jugendliche, regelmäßig Räumlichkeiten des Jugendzentrums, ohne Anwesenheit eines Jugendarbeiters, überlassen werden. Ein vorher mit den Jugendlichen gemeinsam aufgesetzter Vertrag schuf dabei für alle Beteiligten Verbindlichkeit. Partizipation schließt Entscheidungen über finanzielle Mittel mit ein, so wurde in einer anderen Einrichtung konsequenter Weise Jugendlichen ein Teil des Budgets überlassen. Diese Formen politischer Jugendarbeit regten Konflikt- und Aushandlungsprozesse an und schufen Jugendlichen einen

Freiraum zur mitverantwortlichen Selbstbestimmung. Ein solches Vorgehen entspricht den Zielen politischer Bildungsarbeit, in dem versucht wird typische politische Handlungsformen etwa durch das Aufsetzen von Verträgen und den dafür notwendigen Verhandlungskompetenzen einzuüben und somit Bewusstsein für demokratische Prozesse und den darin sich widerspiegelnden Machtverhältnissen zu schaffen.

### **3.2.2 Ziele politischer Jugendarbeit**

Je höher der Stellenwert politischer Bildung in den jeweiligen Einrichtungen beigemessen wurde, desto höher wurden auch die Ziele gesteckt, die politische Jugendarbeit leisten soll oder kann.

Als Teilziele wurden wie bereits oben erwähnt der Erwerb von Verhandlungskompetenzen und die Kenntnis von Rechten angeführt, welche etwa beim gemeinsamen Aufsetzen von Verträgen im Zuge politischer Jugendarbeit verwendet wurden. Ebenso wichtig war hierbei die Fähigkeit eigene Anliegen und fremde Interessen zu kennen, um diese artikulieren zu können. Diese vertraglichen Vereinbarungen konnten niederschwellig, d.h. spontan und auf gleicher Augenhöhe mit den JugendarbeiterInnen, getroffen werden. Folgerichtig hatten etwaige Inkompetenzen bei der Vertragsformulierung, unerwünschte Auswirkungen auf beiden Seiten. Die dabei entstehenden Fehler oder Schwierigkeiten wurden als Teil des Lernprozesses verstanden.

Weitere Teilziele konnten, etwa durch die Unterstützung Jugendlicher bei Anliegen wie Mopedtreffen auf öffentlichen Plätzen zu veranstalten, erreicht werden. Das Wissen von Rechten sowie politischen Verfahren und Institutionen auf regionaler Ebene war dabei wichtig, um mit den dafür zuständigen Magistratsämtern in Kontakt treten zu können. Die Erfahrung selbst in Aktion treten und etwas bewirken zu können, „konterkariert das Denken, dass „Politik nichts mit mir zu tun hat.“ Je größer der Zusammenhang politischer Bildungsarbeit mit der Lebenswelt Jugendlicher korrelierte, desto höher war das Interesse Jugendlicher für politische Themen bzw. an politischen Bildungsprojekten teilzunehmen. Ein wichtiger Motivationsfaktor für Jugendliche war etwa konkret zu verändern und selbst in Aktion treten zu können.

Ein gelungenes Beispiel bei dem der Transfer von parteipolitischen Handlungen auf die Ebene des Alltags Jugendlicher im Vordergrund stand, war das ein wöchige Projekt „Jumptopia“. Dabei übernahmen Jugendliche mit der Methode des Rollenspiels verschiedene Funktionen, wie sie in staatlichen Systemen vorkommen. So galt etwa der Eingang zum Jugendzentrum als Außengrenze des fiktiven Staates „Jumptopia“. Je nach herrschender Partei galten verschiedene Regeln zum Passieren der „Grenze“.

Übergeordnete Ziele waren jeweils, Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbstbewussten und selbstbestimmten Individuen zu unterstützen. Des weiteren sollten die „selbsttätigen Aneignungsprozesse und der Jugendliche Eigensinn“ gefördert werden.

Bei Einrichtungen, wo politische Bildung einen geringeren Stellenwert einnahm und Partizipation kein pädagogisches Prinzip darstellte, gab es keine übergeordneten Zielformulierungen. Politische Bildungsarbeit beschränkte sich dabei im Wesentlichen auf das als „SchülerInnenparlament“<sup>4</sup> bekannte Projekt. Laut den InterviewpartnerInnen wurde insbesondere dieses Projekt weniger den Ansprüchen politischer Jugendarbeit gerecht, vielmehr standen Zielen wie Jugendliche für das Jugendzentrum zu „rekrutieren“ im Vordergrund. Das „SchülerInnenparlament“ wurde von allen InterviewpartnerInnen, ob seiner konzeptionellen Mängel und den für die Jugendlichen unbefriedigenden Resultaten kritisiert, was sich wiederum allgemein auf das Interesse Jugendlicher für politische Themen auswirkte. Die Problematik dieses Projekts im Besonderen und den Schwierigkeiten von politischer Bildung im Allgemeinen möchte ich später noch behandeln.

### **3.2.3 E-Partizipation**

Im folgenden Abschnitt soll die Bedeutung von E-Partizipation in der Jugendarbeit, welche in den Interviews zum Ausdruck gebracht wurden, behandelt werden.

Der Begriff „E-Partizipation“ war dem überwiegenden Teil der InterviewpartnerInnen bekannt, jedoch wurden, entgegen meiner Annahme, in keiner Einrichtung E-

---

<sup>4</sup> Das SchülerInnenparlament ist ein seit 2001 in Wien existierendes Projekt, wobei regelmäßige Treffen zwischen SchülerInnen und Bezirksräten unter Begleitung von JugendarbeiterInnen organisiert werden. Bei diesen Treffen können SchülerInnen ihre Anliegen und Veränderungswünsche im öffentlichen Raum des jew. Bezirks vorbringen.

Partizipationsprojekte realisiert, wenngleich alle InterviewpartnerInnen dem Medium Internet eine für die jugendliche Lebenswelt hohe Bedeutung zuschrieben und im Medium Internet Potential für politische Bildungsarbeit sahen.

Alle Einrichtungen pflegten eine Homepage; der Großteil verwendete zusätzlich Facebook, dieses wurde jedoch primär dazu verwendet Veranstaltungen undgl. anzukündigen. In einer Einrichtung werden auf Facebook zusätzlich kritische Videos von politischen TV-Debatten gestellt, mit dem Ziel „die Facebookseite zu beleben“. Zwei Interviewpartner nahmen insbesondere Facebook gegenüber eine kritische Haltung ein. So meinte eine Interviewpartnerin, dass sie zwar insbesondere vor den heurigen Nationalratswahlen Internetseiten wie Wahlkabine.at mit den Jugendlichen besucht hat, um gezielt politische Diskussionen anzuregen, jedoch diese oder andere Internetseiten mit politischen Inhalten, nicht auf die Facebookseite der Einrichtung stellen würde. Sie begründete ihr Handeln damit, dass das Posten von Internetseiten mit politischen Inhalten auf Facebook einem „bloßen Vorsetzten“ entsprechen würde und einen direkten Kontakt nicht ersetzen könne. Ein weiterer Punkt, welcher gegen den Einsatz von Sozialen Netzwerken für politische Bildung sprach, war der mangelnde Datenschutz. Eben diese Problematik wurde in einer Einrichtung durch ein medienpädagogisches Projekt aufgegriffen, in dem einige Tage lang, alle Kommentare auf der Facebookseite des Jugendzentrums auf ein Endlospapier aufgeschrieben wurden und in der Einrichtung aufgehängt wurde, um einen bedachteren Umgang mit dem Medium Facebook zu fördern und damit zu zeigen, dass Geschriebenes oder Gepostetes weder gänzlich anonym, noch privat ist.

Interessant erschien mir die Aussage eines Interviewpartners, welcher zwar Jugendlichen ein überaus geringes politisches Interesse zuschrieb, aber davon berichtete dass türkische Jugendliche mittels Smartphone im Jugendzentrum auf Facebook häufig und sehr rege über politische Vorkommnisse in der Türkei sprachen. Insgesamt spielten e-partizipative Initiativen in der Arbeit der befragten JugendarbeiterInnen eine untergeordnete Rolle, wobei die bereits sehr hohe Bedeutung des Web 2.0 bei Jugendlichen zukünftig einen Anstieg e-partizipativer Initiativen vermuten lässt.

### 3.2.4 Schwierigkeiten in der Umsetzung politischer Bildungsarbeit

Wie bereits erwähnt, möchte ich am Schluss der Interviewzusammenfassungen, die im Zusammenhang mit politischer Bildungsarbeit geäußerten Schwierigkeiten thematisieren.

Eigene (partei)politische Vorstellungen zurückzunehmen, und andere Meinungen zulassen zu können, um so politisch unabhängig zu agieren, wurde mitunter als eine große Herausforderung wahrgenommen, zumal politische Themen sehr emotionalisierend sein können. Die Wahrung von politischer Unabhängigkeit gegenüber bezirkspolitischen Forderungen galt es ebenso zu gewährleisten. So wurde berichtet, dass manche politische Kräfte, Jugendarbeit als „Sozialfeuerwehr“ sieht, welche verantwortlich sein soll bei Konflikten mit Jugendlichen in der Öffentlichkeit zu schlichtend einzugreifen.

Ein Interviewpartner fühlte sich zu wenig im Bereich politischer Jugendarbeit ausgebildet und wünschte sich dahingehend mehr Fortbildungsangebote. In der Fachliteratur wird in ähnlicher Weise von einem Professionalisierungsdefizit in der Jugendarbeit Tätiger gesprochen. So lässt sich zeigen, dass häufig für politische Bildung in der Jugendarbeit relevante Theorien, nicht als Grundlage für konzeptionelle Planungen herangezogen werden, noch für die Reflexion des pädagogischen Handelns von Bedeutung sind (vgl. Sturzenhecker 2013, S. 4). Dieser Umstand lässt sich meines Erachtens auch bei der Frage zur Definitionen politischer Bildung wieder erkennen.

Als Barriere für politische Bildungsarbeit wurde zum Teil das mangelnde Interesse Jugendlicher für politische Themen angeführt. Wie oben dargestellt, hängt politisches Interesse Jugendlicher stark mit der jeweiligen Form, wie politische Bildungsarbeit angeboten wird zusammen. In jenen Einrichtungen, welche politischer Bildung eine geringe Bedeutung beimaßen und außer dem bereits erwähnten „SchülerInnenparlament“ kaum dahingehende Angebote setzten, wurde das Desinteresse der Jugendlichen als großes Hindernis angesehen. Es wurde von InterviewpartnerInnen berichtet, dass gerade das „SchülerInnenparlament“ bei vielen Jugendlichen Frustrationserlebnisse auslöste, weil häufig Anliegen und Wünsche von

den zuständigen Bezirksräten ignoriert werden bzw. erst nach Jahren umgesetzt werden. Des Weiteren hatten meine InterviewpartnerInnen den Eindruck, dass häufig Wünsche, wie etwa eine neue Ampelregelung udgl. gar nicht von SchülerInnen aus den jeweiligen Bezirken kamen. Weiters wurde kritisiert, dass Jugendliche bei der Umsetzung ihrer Anliegen in weiterer Folge nicht mehr einbezogen werden und somit das SchülerInnenparlament ein „scheinpartizipatives“ Projekt sei. Jugendliche würde insofern instrumentalisiert werden, als dass Veränderungen, beispielsweise die Neugestaltung einer Parkanlage kurz vor Wahlen stattfinden würden, um so für Wählerstimmen zu werben.

Einrichtungen mit aufsuchender Jugendarbeit sahen große Schwierigkeiten darin, dass Jugendliche generell im öffentlichen Raum verdrängt werden, da es „immer mehr darum geht, was wem gehört“. Der mangelnde politische Wille, Jugendlichen mehr Raum und Möglichkeiten einzuräumen und ihnen generell das Recht auf Partizipation zu verleihen, führt zu wiederholten Enttäuschungen bei Jugendlichen und JugendarbeiterInnen, was sich wiederum in Form von Frustration und Resignation niederschlagen kann.

## 4. Resümee

Die Interviews brachten ein sehr uneinheitliches Bild zu Tage, wie politische Bildung definiert und in der Praxis umgesetzt wird. Tendenziell wird weniger vom Verein vorgegeben, sondern vielmehr von den einzelnen Einrichtungen bestimmt, was Bildungsarbeit bedeutet. Der individuelle Zugang scheint von großer Bedeutung, jeder hat sein ganz individuelles Verständnis von Politik, dementsprechend auch seinen eigenen Zugang, wobei das Wissen bzw. das Fehlen von relevanten Fachtheorien bei den InterviewpartnerInnen bemerkbar war.

Deutlich zu erkennen war der Zusammenhang zwischen individuellem Stellenwert politischer Bildung und dem diesbezüglichen Interesse Jugendlicher. Je höher der Stellenwert politischer Bildungsarbeit in einer Einrichtung war, desto höher wurde das Interesse Jugendlicher für politische Themen eingeschätzt. Interessant dabei scheint, dass ein Ergebnis der Interviews ein sehr widersprüchliches Bild zeichnet, welches von politikverdrossenen bis hin zu überaus interessierten Jugendlichen reicht.

Die Bedeutung von E-Partizipation in der politischen Bildungsarbeit scheint zumindest bei den von mir befragten InterviewpartnerInnen eine eher untergeordnete Rolle zu spielen. Nicht zuletzt ist dies dem Umstand geschuldet, dass es bisweilen noch relativ wenig Fachliteratur zu diesem Thema gibt. Trotzdem wurden E-Partizipativen Initiativen, wegen der großen Verbreitung und Beliebtheit des Web 2.0 bei Jugendlichen, eine in Zukunft wachsende Bedeutung zu gesprochen.

Wenn also Partizipation bedeutet, Freiräume zur mitverantwortlichen Selbst- und Mitbestimmung bereitzustellen, um dort Formen von Beteiligung zu eröffnen, so wird es auch für die Offene Jugendarbeit zur Herausforderung, Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien im virtuellen Raum zu entwickeln und zu fördern.

Anzumerken gilt es jedoch, dass es sich hierbei um ein Idealbild von politischer Jugendarbeit im Sinne von Partizipation als pädagogisches Prinzip handelt. Auch Zwischenschritte, die diesen Anspruch noch nicht zur Gänze erfüllen, sich aber für die Stärkung von Beteiligungsrechten Jugendlicher einsetzen, erscheinen dabei als sehr wertvoll.

Politische Jugendarbeit ist ein äußerst wirkmächtiges Instrument, welches wie die Geschichte zeigt, für falsche Ideologien missbraucht wurde. Umso wichtiger ist es daher für Berufstätige Personen in der Jugendarbeit, vorsichtig und behutsam damit umzugehen.

## 5. Quellenverzeichnis

- Dittler, U., Hoyer, M. (2012). Aufwachsen in sozialen Netzwerken. Chancen und Gefahren von Netzgemeinschaften aus medienpsychologischer Sicht. Kopaed Verlag: München
- Gräßer, L., Hagedorn, F. (2012). Soziale und politische Teilhabe im Netz?. E-Partizipation im Netz. Kopaed Verlag: Düsseldorf, München
- o. A. (2008). Positionspapier. Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen Verein Wiener Jugendzentren In: Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Partizipation. Zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wiener Jugendzentren Verlag: Wien, 150-172
- Tietgens, (2008)
- Kubicek, Herbert (2010): E-Participation. In: Wirtz, Bernd W. (Hrsg.): E-Government. Grundlagen, Instrumente, Strategien. Gabler Verlag: Wiesbaden, S. 195 - 225
- Mayer, H. (2002). Einführung in die Pflegeforschung. UTB: Wien
- Scherr, A., Sturzenhecker, B.(2013): Selbstbestimmte Lebensführung und Demokratiebildung. Oder: Warum es immer noch wichtig ist, Jugendarbeit als Ort emanzipatorischer Bildungsprozesse zu gestalten. In: Spatscheck, C., Wagenblass, S. (Hrsg.): Bildung, Teilhabe und Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Herausforderungen und Zugänge Sozialer Arbeit. Weinheim, S. 54-76
- Spitzer, M. (2006). Lernen – Gehirnforschung und die Schule des Lebens. Spektrum Akademischer Verlag: Heidelberg
- Schröder A., Balzter N., Schroedter T. (2004): Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand – Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Juventa Verlag: Weinheim und München

## Internetquellen

Caduff, C. (2013): Politik-Begriff

<http://www.politischebildung.ch/grundlagen/gegenstand/politik-begriff/> (Download 10.11.2013)

Shell Jugendstudie (2010): Interesse an Politik.

<http://s03.static-shell.com/content/dam/shell/static/deu/downloads/youth-study-2010politics.pdf>

(Download: 25.09.2013)

Statistik Austria (2012): Internetnutzer und Internetnutzerinnen 2012 nach Alter und

Geschlecht. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz\\_in\\_haushalten/042584.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/042584.html) (Download: 8.10.2013)

Statistik Austria (2012): Aktuelle Ergebnisse über den IKT-Einsatz in Haushalten und von

Personen. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz\\_in\\_haushalten/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html) (Download: 01.10.2013)

APA OTS (2012): Occupy Austria: Stellungnahme von Attac Österreich

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20120127\\_OTS0040/occupy-austria-stellungnahme-von-attac-oesterreich](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120127_OTS0040/occupy-austria-stellungnahme-von-attac-oesterreich)

Wikipedia (2013): Occupy – „Wir sind die 99%“

[http://de.wikipedia.org/wiki/Occupy\\_Germany](http://de.wikipedia.org/wiki/Occupy_Germany)

Krisch, R., Stoik, C., (2011) Glossar Soziale Arbeit im öffentlichen Raum

[http://typo.jugendzentren.at/vjz/fileadmin/pdf\\_downloads/pdf\\_f\\_experts/2011\\_Glossar\\_Soziale\\_Arbeit\\_oeffentl\\_Raum.pdf](http://typo.jugendzentren.at/vjz/fileadmin/pdf_downloads/pdf_f_experts/2011_Glossar_Soziale_Arbeit_oeffentl_Raum.pdf)

Statistik Austria: Personen mit Internetnutzung für folgende private Zwecke 2013

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz\\_in\\_haushalten/024571.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/024571.html)

Wikipedia (2013): Politik

[https://de.wikipedia.org/wiki/Politik#Mehrdimensionaler\\_Politikbegriff\\_der\\_j.C3.BCngere\\_n\\_politikwissenschaftlichen\\_Diskussion](https://de.wikipedia.org/wiki/Politik#Mehrdimensionaler_Politikbegriff_der_j.C3.BCngere_n_politikwissenschaftlichen_Diskussion)

Facebook (2013): Gegen das kompetenzorientierte Mathematiksystem

<https://www.facebook.com/pages/Gegen-das-kompetenzorientierte-Mathematiksystem/628342933873566?fref=ts>

Wikipedia (2013): Web 2.0

[https://de.wikipedia.org/wiki/Web\\_2.0](https://de.wikipedia.org/wiki/Web_2.0)

Wikipedia (2013): E-Partizipation

<https://de.wikipedia.org/wiki/E-Partizipation#Definition>

<http://www.partizipation.at/e-participation.html>

Wikipedia (2013): Wiki

<https://de.wikipedia.org/wiki/Wiki>

Wikipedia (2013): Web 2.0

[http://en.wikipedia.org/wiki/Web\\_2.0](http://en.wikipedia.org/wiki/Web_2.0)

Wikipedia (2013): Soziale Netzwerke

[https://de.wikipedia.org/wiki/Soziales\\_Netzwerk\\_\(Internet\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Soziales_Netzwerk_(Internet))

Gabler Wirtschaftlexikon (2013): Blog

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/blog.html>

## 6. Anhang

Qualitativer Interview Leitfaden –

Zur Bedeutung von Initiativen politischer Bildung in der offenen Jugendarbeit

Einstiegsfragen:

- 1.) „Wie wird in Ihrer Einrichtung/Ihrem Verein politische Bildung und die dafür relevanten Begriffe Bildung, Politik und Partizipation definiert und welchen Stellenwert nimmt/nehmen diese ein?“  
„Welche Ziele kann bzw. soll politische Bildung verfolgen?“

Überleitungsfrage:

- 2.) „Werden in Ihrer Einrichtung/Ihrem Verein politische Bildungsangebote gesetzt?“

Die Leitfragen:

- 3.) „Sind Sie mit dem Begriff e-partizipation vertraut?“
- 4.) „Wie sollte Ihrer Meinung nach politische Bildung in Ihrer Einrichtung/Verein umgesetzt werden?“
- 5.) „Was würden sie an der Durchführung und Planung von politischen Bildungsprojekten ändern?“  
„Welche Schwierigkeiten sehen Sie in der Umsetzung von politischen Bildungsprojekten?“
- 6.) Ist ihre Einrichtung/Verein auf Facebook bzw. anderer Socialmediaplattformen vertreten und/oder betreibt eine Homepage?“

Präzisierungsfragen:

„Wenn ja, werden diese Kommunikationskanäle von Jugendlichen der jew. Einrichtung/Verein benützt um politische Themen im weitesten Sinne zu diskutieren?“

„Wenn ja, werden diese Kommunikationskanäle von Jugendarbeitern der jew. Einrichtung/Verein benützt um politischen Diskurs im Sinne der politischen Bildung anzuregen?“

„Wenn nein, warum?“

7.) „Sehen Sie in dem Medium Internet ein mögliches Potential für politische Bildungsprojekte?“

8.) „Glauben Sie ist das Potential an politischen Bildungsmöglichkeiten in Ihrem Verein ist ausgeschöpft?“

9.) „Welche Medien werden bei politischen Bildungsprojekten in Ihrer Einrichtung/Ihrem Verein häufig verwendet?“

10.) „Wird in Ihrer Einrichtung/Ihrem Verein politische Bildung unter Einbeziehung des Mediums Internet im Sinne der e-Partizipation angeboten?“

Präzisierungsfragen:

„Wenn ja, wie und in welcher Form?“

11.) „Konnten in Ihrer Einrichtung konkrete e-partizipative Projekte mit Jugendliche im Alter von 12-20 Jahren realisiert werden?“

Präzisierungsfragen:

„Wenn ja, welche Projekte?“

„Wenn ja, welche Ziele haben Sie sich als Verein/Einrichtung für die Projekte gesetzt?“

„Welche Auswirkungen hatten diese auf die Jugendlichen und die Einrichtung/Verein?“

„Wenn nein, warum nicht?“

- 12.) „Wie sollte Ihrer Meinung nach politische Bildung in Ihrer Einrichtung/Verein stattfinden? Was würden Sie ändern? Was bräuchten Sie dazu?“
- 13.) Wie gestaltet sich die Beteiligung der Jugendliche bei Projekten politischer Bildung in ihrem Verein?
- 14.) Bei welchen Themen und Anliegen werden Jugendliche selbst initiativ? Welche Altersgruppe wird tendenziell eher aktiv?
- 15.) Besteht Interesse bzw. Desinteresse an politischen Prozessen generell?
- 16.) Wie müssten Ihrer Meinung politische Bildung gestaltet sein, um politisch desinteressierte bzw. politikverdrossene Jugendliche für politische Themen attraktiv zu machen?